Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 117 (2020)
Heft: 3

Artikel: Das Thema Sozialhilfe in den Schweizer Medien
Autor: Kaufmann, Markus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-954922

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Thema Sozialhilfe in den Schweizer Medien

FACHBEITRAG «Sozialhilfemissbrauch», «Sozialhilfebetrug» oder «Sozialbetrug» sind Schlagwörter, die es regelmässig in Titel der Schweizer Medien schaffen. Die Skandalisierung von Einzelfällen scheint an der Tagesordnung. Weil die Medienberichterstattung auch die gesellschaftliche Wahrnehmung prägt, hat das Sozialdepartement der Stadt Zürich eine Analyse des medialen Diskurses zur Sozialhilfe bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen nun vor.

Vor dem Hintergrund steigender Kosten, längerer Bezugsdauern und den sich veränderten Ursachen für den Bezug von Sozialleistungen steht die soziale Sicherung vor grossen Herausforderungen. Genau darum steht das Sozialhilfesystem in den letzten Jahren immer wieder im Fokus des öffentlichen Interesses.

Dabei sind sowohl das System als auch die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, vor allem im medialen Diskurs immer wieder und zum Teil massiv unter Beschuss geraten. Während sich die eigentliche Fachdebatte um Fragen zur Fallbelastung der Fachpersonen in der Sozialhilfeberatung oder über die möglichen Ursachen für den Nichtbezug von Sozialhilfe drehte, reichen die Inhalte der journalistischen Massenmedien von Themen wie den rechtlichen Rahmensetzungen über die Höhe des Grundbedarfs bis hin zur lautstarken Skandalisierung von Einzelfällen. Mit bunten Bildern und in grossen Lettern berichteten die Medien mitunter tage- und wochenweise über vermeintliche Betrugsfälle, in denen Sozialhilfebeziehende die ihnen zustehenden Leistungen offenbar nicht zweckmässig verwendeten.

Von wenigen – gelegentlich nur vermuteten – Rechtsübertretungen ausgehend, die vom Schweizer Boulevard angeprangert werden, gerät die Sozialhilfe auch in den sogenannten Qualitätsmedien immer wieder unter Generalverdacht. Mit Folgen für die staatlichen Akteure: Die Sozialdienste sehen sich zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt, einem System von «Trittbrettfahrern» und «Profiteuren» des Sozialstaats nur mehr ohnmächtig und mit wirkungsloser Bürokratie gegenüberzustehen.

Die demokratiefördernde Rolle der Massenmedien

Die journalistischen Medien werden in unserer Demokratie oft als «vierte Gewalt» betitelt. Sie bilden Meinungen, schaffen öffentliche Diskurse und liefern Fakten um ebendiese Meinungen der Bevölkerung zu untermauern. Dort wo es angebracht ist, üben sie aber auch die nötige Kritik – als sinnbildlich vierte Gewalt.

Doch auch die Medien müssen ihr eigenes Handeln kritisch hinterfragen lassen, da auch sie nicht frei von Vereinfachungen und Polarisierungen sind, speziell im Kontext von kontroversen gesellschaftspolitischen Fragen. Im Hinblick auf den medialen Diskurs zur Sozialhilfe liegt die Vermutung nahe, dass vor allem die Skandalisierung von Einzelfällen dem Drang nach emotionalen Schlagzeilen geschuldet ist, der schlussendlich auf Kosten einer differenzierten Berichterstattung geht.

Diskurs der Print- und Online-Medien im Fokus

Diese These wollte das Sozialdepartement der Stadt Zürich prüfen lassen. Sie hat deshalb ein interdisziplinäres Team der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) beauftragt, den medialen Diskurs zur Sozialhilfe in der Schweiz zwischen den Jahren 2010 und 2019 umfassend zu untersuchen. Der Fokus lag dabei auf Berichterstattung Schweizer Print- und Online-Medien. Ziel war es, den Mediendiskurs zur Sozialhilfe zu beleuchten und herauszufinden, welche bestimmten Aspekte resp. Ursachen von Sozialhilfe von den Autoren der betreffenden Medien in den Fokus genommen werden. Auch wollte man herausfinden, wie die Medien Sozialhilfe als «Problem» bzw. gesellschaftliche Herausforderung bewerten und welches Gesamtbild über die Sozialhilfe auf dieser Grundlage entsteht. Es sollte verständlich gemacht werden, welche allgemeinen Tendenzen und konkreten Ereignisse in Bezug auf die Sozialhilfe medial verbreitet werden. Nicht zuletzt ging es auch darum, gesicherte Grundlagen für eine Diskussion über die Rolle der Medien im schweizerischen Sozialhilfediskurs zu schaffen.

Diskursanalyse als Untersuchungsmethode

Unter einem Diskurs wurden dabei nicht in erster Linie bestimmte Debatten oder Diskussionen verstanden, sondern die kommunikativen Bedingungen, die das Denken und Sprechen über die Sozialhilfe prägen und leiten. Nach diesem Verständnis sorgen regelhaft wiederkehrende sprachliche Äusserungen (z.B. Wörter, Wortverbindungen und Phrasen) dafür, dass in einer bestimmten Art und Weise über Sozialhilfe geschrieben wird. Mit der Analyse dieser wiederkehrenden Muster lassen sich sowohl der mediale Mainstream belegen, aber auch Unterschiede innerhalb der Presse.

Zentrale Erkenntnisse der Analyse

Die Massenmedien thematisieren die Sozialhilfe weitestgehend abstrakt und simplifiziert und fokussieren sich in ihrer Berichterstattung auf die aufgewendeten Geldleistungen. Leistungen im Bereich der persönlichen Hilfe und Beratung finden kaum Eingang in die Berichterstattung. Auch die persönlichen und individuellen Lebensumstände der Bezügerinnen und Bezüger werden – ausserhalb der Skandalisierung von Einzelfällen – nicht präsentiert. Dieser Fo- →

→ kus auf diese Gegebenheiten erschweren eine echte Debatte über die Ziele der Sozialhilfe, nämlich Menschen die Überbrückung einer Notlage zu ermöglichen. Damit ist das für eine Solidargemeinschaft wichtige gemeinschaftsstiftende Element der wechselseitigen Unterstützung wenig bis gar nicht präsent.

Auch die moderne Sozialstaatsprämisse «Fördern und Fordern» wird im medialen Diskurs so fast ausschliesslich auf das Fordern bzw. auf die Kontrolle und Sanktionierung von Verfehlungen verkürzt. In dieser Perspektive erscheint die Sozialhilfe allgemein als entpersonifizierter Verwaltungsakt, dessen ordnungsgemässer Vollzug von Systemfehlern beeinträchtigt wird. Dementsprechend technokratisch und unter Ausschluss der Lebenswelt der Leistungsbeziehenden dreht sich die Debatte auch hauptsächlich um die Anpassung zentraler Systemparameter wie zum Beispiel die Höhe des Grundbedarfs.

Im Gesamtbild ergibt sich daraus das Bild einer grossen gesellschaftlichen Herausforderung, die es durch grosse Anstrengungen von Politik und Verwaltung zu meistern gilt. Im Diskurs wird eine Drohkulisse aufgebaut, die Emotionen wie Angst, Wut oder Ohnmacht erzeugen. Demgegenüber wird die Idee der solidarischen Hilfe – anders als bei der medialen Darstellung beispielsweise des AHV-Systems – im Grunde nicht vermittelt.

Fazit der Analyse

Alles in allem betrachtet, behandelt der massenmediale Diskurs die Sozialhilfe selektiv und abstrakt und blendet die Realität von Sozialhilfebeziehenden mehrheitlich aus. Auch wenn in der medialen Berichterstattung nicht durchgängig mit «offenem Visier» gegen die Sozialhilfe zu Felde gezogen wird, sind im Hinblick auf die Auswahl, Darstellung und Gewichtung von Themen, Begriffen und Akteuren Zweifel angebracht, ob die Medien ihrer Rolle als objektive Beobachter zu jedem Zeitpunkt vollumfänglich nachkommen. Mit einer stärkeren Berücksichtigung dessen, was die Sozialhilfe über Geldleistungen hinaus ausmacht, könnten sie lohnende Ansatzpunkte für eine konstruktive Debatte über die Zukunft der Sozialhilfe schaffen. ■

Heike Isselhorst
Sozialdepartement Stadt Zürich
www.stadt-zurich.ch/sd-diskursanalyse

«Der Wind hat sich gedreht»

PERSONEN Ernst Reimann ist als langjähriger Direktor im Amt für Zusatzleistungen der Stadt Zürich in Pension gegangen. Ein Rückblick auf 30 Jahre Sozialpolitik.

Bild: zVg

«ZESO»: Sie haben die Sozialpolitik über Jahrzehnte beobachtet. Welche Fragestellungen haben sich verändert?

Ernst Reimann: Bei den bedarfsorientierten Sozialleistungen hat sich der Wind gedreht. Anfang der 90er-Jahre ging zum Beispiel die EL-Debatte in Richtung automatische Prüfung/Auszahlung. Die aktuelle EL-Reform weist nur Zugangsbeschränkungen und Leistungsverschlechterungen auf, denn die Anpassung der Mieten hat mit der Reform ja nichts zu tun. Es ist die erste Abbaurevision seit Einführung der EL 1966. Trotzdem schreien weite Kreise nach weiteren, «echten» Abbaumassnahmen.

Als Direktor des Amtes für Zusatzleistungen kennen Sie die Schnittstellen zwischen EL und Sozialhilfe bestens. Welches sind dabei die grössten Herausforderungen?

Die Schnittstellen sind rein technischer Natur, man kommt sich nicht ins Gehege. Fakt ist: Die EL sind gesellschaftspolitisch breiter und besser akzeptiert als die Sozialhilfe. Dennoch ist nicht zu verkennen, dass das Einprügeln auf die Sozialhilfe auch EL-Kollateralschäden zur Folge hat. Die vorliegende EL-Abbaureform wäre ohne das Schlechtmachen von bedarfsorientierten Leistungen nicht möglich gewesen.

Welche Anpassung braucht das System der sozialen Sicherheit aus Ihrer Sicht?

Man kann das Fehlen einer Gesamtkonzeption der sozialen Sicherheit bedauern. Es ist aber als gegeben hinzunehmen. Trotzdem finde ich, dass das Silodenken in den einzelnen Systemen immer unzureichender wird und mehr Flexibilität über das Gesamtsystem gegeben sein müsste. Das Hauptproblem aber ist meines Erachtens, dass die parteiübergreifende Kompromissbereitschaft zur Lösungssuche nicht mehr gegeben ist. Bedenklich ist doch, dass die letzte erfolgreiche AHV-Reform in der Ära von Ruth Dreifuss stattfand, die 2002 zurücktrat.

Fachleute fordern eine bedarfsorientierte Existenzsicherung anstelle der Sozialhilfe. Das Modell orientiert sich an der EL. Was halten Sie davon?

Eine generelle bedarfsorientierte Existenzsicherung nach dem EL-Prinzip und deren Leistungshöhe wäre ein deutlich ausgeweitetes garantiertes Grundeinkommen, also unfinanzierbar und nicht ansatzweise mehrheitsfähig. Mit den Überbrückungsleistungen beispielsweise wird – hoffentlich – einiges erreicht. Für mich ist klar, dass Personen, die über Jahrzehnte erwerbstätig waren und die ihren Beitrag in der Gesellschaft auch über Steuern und Sozialversicherungsabgaben geleistet haben und die nun bei der ALV ausgesteuert sind, nicht einfach über die Sozialhilfe und deren Leistungsniveau abgespiesen werden dürfen.

Sie waren viele Jahre Mitglied der Kommission Sozialpolitik und Sozialhilfe und kennen die SKOS gut. Wie haben Sie ihre Entwicklung erlebt?

Die Arbeit der SKOS-Gremien hat mich immer beeindruckt. Kenntnisreich, nimmermüde, auch bei viel Zugluft Gegensteuer geben, das ist nicht leicht. Was viel Kraft kostet und vielleicht zu lange nicht konsequent genug gemacht wurde: Die Debatte in den Kommunen und Kantonen knochenhart, beharrlich und faktenbasiert zu führen. Der Ausgang über eine Abbaurevision im Kanton Bern hat mich doppelt gefreut: Die Forderung nach einer Leistungsreduktion konnte erfolgreich abgewehrt werden, der Baukasten zum politischen Erfolg steht. ■

Das Gespräch führte **Markus Kaufmann**